

25.01.2018
Regierungserklärung des Ministers für
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Prof. Dr. Armin Willingmann

Es gilt das gesprochene Wort! Sperrfrist: 25.01.2018, 11Uhr

„Sachsen-Anhalt: Wirtschaft und Wissenschaft vernetzt“

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Bei meiner Vorbereitung auf den heutigen Tag bin ich auf einen verblüffenden Befund gestoßen: Es ist fast 13 Jahre her, dass ein Wirtschaftsminister oder eine Wirtschaftsministerin in diesem hohen Hause im Rahmen einer Regierungserklärung zur Lage der Wirtschaft und zur Wirtschaftspolitik Stellung bezogen hat. Zuletzt war es Horst Rehberger, der am 26. Mai 2005 als Minister für Wirtschaft und Arbeit hier vor dem Rednerpult stand und sich erklärte.

Nun – meine Amtsvorgänger und Amtsvorgängerinnen werden ihre Gründe dafür gehabt haben. Heute jedoch – meine sehr geehrten Damen und Herren – gibt es gute Gründe, mit Ihnen über unsere Wirtschaft, über die Wirtschaftspolitik und in dem Zusammenhang auch über die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu sprechen, die wir als Landesregierung verfolgen.

Gestatten Sie mir, dass ich dies angesichts des Zeitrahmens sehr konzentriert mache und dementsprechend auch nicht alle „Ressortthemen“ umfassend beleuchten kann und bei manchem auf mindestens eine weitere Erklärung verweisen muss.

Der Zeitpunkt jedenfalls, um über Wirtschaft zu diskutieren, kann aus meiner Sicht kaum besser gewählt werden mit der ersten Landtagssitzung nach Abschluss des wirtschaftlich für unser Land so erfolgreichen Jahres 2017.

1. Lage der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt

Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt brummt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sie brummt so laut wie seit Jahren nicht mehr.

Davon konnte ich mich, ebenso wie Sie, bei zahlreichen Besuchen in den Unternehmen vor Ort zuletzt immer wieder überzeugen. Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer berichten von randvollen Auftragsbüchern, von kreativen Ideen und spannenden Vorhaben. Allerorten bestehen sehr konkrete Pläne, wie sie sich künftig am Markt positionieren wollen.

Auch die regelmäßigen Konjunkturumfragen der gewerblichen Kammern dokumentieren den konjunkturellen Höhenflug, der aller Voraussicht nach in diesem Jahr anhalten wird. Sachsen-Anhalt profitiert hier vom gesamtdeutschen Aufschwung – zugegeben. Unser Land profitiert aber auch von Weichenstellungen, die wir in letzter Zeit vorgenommen haben.

Lassen Sie uns in dem Zusammenhang einen Blick auf die amtliche Statistik werfen:

Für die meisten Menschen im Lande besteht gute Wirtschaftspolitik in gesicherten Arbeitsplätzen, vernünftigen beruflichen Perspektiven, verbesserter Entlohnung. Schauen wir daher zuerst auf die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt.

Im September 2017 haben wir mit 7,9 Prozent erstmals seit Bestehen des Bundeslandes die Quote von 8 Prozent unterschritten, weniger als 90.000 Menschen haben sich in den vergangenen Monaten arbeitslos gemeldet.¹ Und im November 2017 hatten wir mit einer Quote von 7,7% den niedrigsten Stand überhaupt seit der Wiedervereinigung.

Diese äußerst positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird auch, aber keineswegs allein von der demografischen Entwicklung begünstigt. Das zeigt der parallele Aufwuchs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

¹ Eigene Berechnung, Statistik der Bundesagentur für Arbeit liegt noch nicht vor.

Die Zahl der Beschäftigten ist nämlich von rund 774.000 im Jahr 2014 auf fast 800.000 (793.000) gestiegen.² Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt bietet den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – und übrigens auch jungen Menschen, ob Azubis oder Studierenden – so viele Chancen und Perspektiven wie nie zuvor.

Mehr noch: Die Unternehmen im Land zahlen im Wettbewerb um kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inzwischen auch höhere Löhne. Laut der jüngsten Statistik aus dem Jahr 2016 sind die Bruttomonatsentgelte zuletzt (von 2015-2016) um 2,5 Prozent gestiegen.

Vollzeitbeschäftigte verdienen demnach im Schnitt 2.408 Euro – und damit mehr als die Beschäftigten in unseren Nachbarländern Sachsen (2.388 Euro), Thüringen (2.367 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (2.306 Euro).

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und bei den Löhnen geht übrigens auch mit einem Rückgang mitunter prekärer Beschäftigung einher. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist von 91.848 im Jahr 2013 auf 78.424 im vergangenen Jahr gesunken. Zugleich – auch das gehört zur Wahrheit – ist die Zahl der Zeit- und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von rund 24.000 auf 26.000 leicht gestiegen, doch in der Gesamtschau zeichnet sich auch hier ein eindeutig positives Bild ab.

Meine Damen und Herren,

ich freue mich über diese Entwicklung, auch und gerade im Sinne der Beschäftigten. Und wir sehen: In Zeiten des – unstrittig – wachsenden Fachkräftemangels können sich Unternehmen, die inzwischen auch weitaus leistungsfähiger sind als früher, eine geradezu anachronistische Niedriglohn-Strategie nicht mehr leisten. Wer daran festhält, nimmt geradewegs Kurs in die betriebswirtschaftliche Sackgasse.

Die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung bei uns im Land wird sich auch in der Bewertung der in Sachsen-Anhalt hergestellten Güter und Dienstleistungen widerspiegeln.

² Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im ersten Halbjahr 2017 um solide +0,8 Prozent an.³ Gewiss: Mit Blick auf andere Länder mag da noch Luft nach oben sein, doch wir sollten aufhören, diese Entwicklung gering zu schätzen, gar schlecht zu reden.

Es gibt ja Gründe für langsames Wachstum: Ganz konkret wäre das Ergebnis für Sachsen-Anhalt bereits besser ausgefallen, wenn eine Groß-Raffinerie in Leuna nicht wegen eines Brandes hätte zeitweilig stillgelegt werden müssen.

Und zudem – das ist auch kein Geheimnis – weisen kleinteiligere Wirtschaftsstrukturen – wie wir sie in Sachsen-Anhalt seit der Wiedervereinigung haben – seit jeher eher niedrigere Wachstumsraten auf als Länder mit Ballungszentren, in denen es mehr Menschen und größere Unternehmen, ja Konzerne, gibt. Das muss man so offen und ehrlich ansprechen.

Und ich darf auch einmal die Vorzüge der Kleinteiligkeit nennen: Diese, unsere Struktur ist weit weniger anfällig für große wirtschaftliche Erosionen oder Krisen, wie wir sie noch vor wenigen Jahren europaweit erleben mussten.

An dieser Stelle hinken auch zahlreiche Vergleiche mit westlichen Bundesländern oder den Metropolregionen etwa um Leipzig oder Berlin.

Ich möchte aber auch einmal ganz klar betonen: Unser Anspruch, unser grundgesetzlicher Auftrag ist es, gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen und nicht statistische Wettbewerbe zu gewinnen!

Für das Gesamtjahr 2017 rechnet die Landesregierung jedenfalls mit einem klaren Plus, auch weil die Unternehmen bei uns wieder deutlich mehr investieren und damit die Weichen für weiteres Wachstum stellen. Und das sollte uns Mut machen, meine Damen und Herren!

Wir sollten gemeinsam alles dafür tun, dass sich die Entwicklung nicht nur fortsetzt, sondern sich noch beschleunigt.

³ Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“: Ausgewählte preisbereinigte Veränderungsraten des BIP nach Bundesländern in der Halbjahresrechnung 2017 mit +0,6% für Brandenburg, +1,3% für Mecklenburg-Vorpommern, +1,3% für Sachsen, +1,7% für Thüringen, +1,2% für neue Bundesländer ohne Berlin, +2,1% für alte Bundesländer einschl. Berlin, +2,0% für Deutschland.

2. Regierungsbilanz Wirtschaftspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Auch aus diesem Grund hat die Landesregierung bereits im vergangenen Jahr die Wirtschaftsförderung auf den Prüfstand gestellt, sie kontinuierlich modernisiert und dadurch günstige Rahmenbedingungen für weiteres Wachstum geschaffen.

Im Mai 2017 haben wir die Regelungen für die Investitionsförderung nachjustiert – im Rahmen der bekannten GRW-Richtlinie.

Die Basisförderung für kleine und mittlere Unternehmen haben wir um fünf Prozentpunkte angehoben und haben die Mindestinvestitions-Summe auf 30.000 Euro abgesenkt. Mit dieser Steuerung hatten wir vor allem die Entwicklung unserer zahlreichen kleineren Unternehmen im Blick. Wirtschaftsförderung: passgenau für Sachsen-Anhalt.

Wir sind zudem in dieser Richtlinie erste „Entbürokratisierungsschritte“ gegangen, indem bspw. die Bonus-Regelungen vereinfacht wurden. Durch die Richtlinie kann die Entlohnung der Beschäftigten nach einem Tarifvertrag ebenso zum Höchstfördersatz führen, wie die Investition in Forschung oder eine Unternehmensnachfolge.

Das Ergebnis dieser Neujustierung – das lässt sich schon jetzt feststellen – bestätigt den Kurs: 2017 konnten 202 Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft mit 182,3 Millionen Euro bezuschusst werden. Sowohl die Zahl der Projekte als auch das Fördervolumen stieg damit auf den höchsten Stand seit vier Jahren.

Und nicht nur das: Mehr als 2.200 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen und knapp 6.000 Stellen gesichert.

Das zeigt, meine verehrten Damen und Herren: unsere Wirtschaftsförderung kommt nicht nur den Unternehmen zugute, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Sachsen-Anhalt!

Einen kleinen Wermutstropfen möchte ich jedoch nicht verschweigen. Auf Grund beihilferechtlicher Vorgaben mussten die Fördersätze für Unternehmen zum 1. Januar 2018 um fünf Prozentpunkte über alle Unternehmensgrößen hinweg abgesenkt werden.

Dennoch erwarten wir auch für dieses Jahr ein reges Investitionsaufkommen, zumal zum Jahreswechsel noch insgesamt 170 Anträge von Unternehmen mit einem Gesamtinvestitionsumfang von mehr als 665 Millionen Euro bei der Investitionsbank vorlagen.

Und darüber hinaus – das habe ich eingangs bereits erwähnt - verzeichnet die Industrie derzeit das höchste Investitionsgeschehen seit dem Jahr 2009. Nach Zahlen des Statistischen Landesamtes haben die Industriebetriebe zuletzt mehr als 1,6 Milliarden Euro investiert – 1,6 Milliarden (!), meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben sie mir auf eine weitere wichtige Weichenstellung zu sprechen zu kommen, nämlich auf die Fortentwicklung der Gründerförderung.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass in Zeiten wachsenden Fachkräftebedarfs für viele Menschen ein ordentlich entlohntes Beschäftigungsverhältnis attraktiver erscheint als eine – mitunter risikobehaftete - Existenzgründung – ein durchaus rationales Verhalten. Wir merken so etwas u.a. an der Zahl der Gewerbeanmeldungen.

Deshalb müssen wir potenzielle Gründer bei ihrer Entscheidung zum Unternehmertum noch mehr als bisher ermutigen und unterstützen. Und das tun wir mit dem Mittelstands- und Gründerdarlehensfonds (MuG). Diesen haben wir im Februar 2017 mit einem Volumen von 142,5 Millionen Euro auf den Markt gebracht und geben unseren Gründern auf diese Weise nun attraktive finanzielle Starthilfen, damit sie ihre Geschäftsidee erfolgreich unternehmerisch realisieren können.

Der Start des Fonds war ebenfalls erfreulich: Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit wurden bereits 111 Darlehen mit einer Gesamthöhe von 16,17 Mio. Euro ausgereicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

einen Schub haben wir im vergangenen Jahr auch dem Gründungsgeschehen im Handwerk versetzt. Denn Ende Juli konnten wir die Meistergründungsprämie einführen. Übrigens als nur eines von insgesamt sechs Bundesländern! Mit der Prämie werden Handwerksmeister gefördert, die in Sachsen-Anhalt ein Unternehmen gründen oder übernehmen. Sie bekommen von uns dabei 10.000 Euro, wenn sie selber 15.000 Euro investieren. Ziel ist auch hier, den Mut zur Selbstständigkeit zu honorieren - wohl wissend, dass auch daraus alsbald Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze generiert werden.

Und zu meiner großen Freude ist die Prämie bislang wirklich auf großes Interesse gestoßen. Seit ihrer Einführung wurden landesweit 45 Anträge von der Investitionsbank bewilligt.

Besonders großes Interesse an der Prämie gab es bei Friseurmeisterinnen und -meistern. Aber auch Heizungsbauer, Elektrotechniker und Zahntechniker haben die Prämie beantragt. Die Nachfrage in den Kammerbezirken Halle und Magdeburg war übrigens gleichermaßen hoch.

Meine Damen und Herren,

eine wichtige Weichenstellung haben wir auch mit Blick auf das äußerst sensible Thema Unternehmensnachfolge vorgenommen.

Die Gründergeneration der 1990er Jahre geht nun auf den Ruhestand zu – und sie organisiert die Übergabe. Neben der individuellen und vertraulichen Beratung, für die die ersten Ansprechpartner immer die gewerblichen Kammern im Land sein sollten, hilft das Land auch, Unternehmensnachfolgen erfolgreich zu gestalten.

Für uns ist es von höchster Bedeutung, dass etablierte Unternehmen nicht an der Finanzierung der Nachfolge scheitern. Denn andernfalls stehen sehr schnell zahlreiche Arbeitsplätze auf dem Spiel, die wir bei uns im Land brauchen. Und es fallen Unternehmen weg, die für unser Land vielfältig von Bedeutung sind, als Ausbildungsstätten, Auftraggeber, Sponsoren. Das sollten wir uns immer vergegenwärtigen!

Im April 2017 haben wir deshalb den Startschuss für den neuen „Nachfolgefonds“ im Volumen mit rund 260 Millionen Euro gegeben. Aus diesem Fonds werden Übernahmen

von Unternehmen mit sehr zinsgünstigen Darlehen zwischen 25.000 und 3 Millionen Euro unterstützt.

Und die ersten 26 Darlehen sind bereits in einer Gesamthöhe von rund 5,22 Millionen Euro ausgereicht worden. Auch hier gehen wir neue Wege im Sinne unserer Wirtschaft. Und unterscheiden uns positiv von anderen Bundesländern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese Landesregierung hat im Bereich der Wirtschaftsförderung die Ärmel hochgekrempt und angepackt - von der Investitionsförderung über die Gründerunterstützung bis hin zum Folgefonds.

Auf diese Regierung kann sich unsere Wirtschaft in Sachsen-Anhalt auch in Zukunft verlassen!

3. Regierungsvorhaben bis 2021

Meine Damen und Herren,

vor uns liegen eine ganze Reihe von Aufgaben und Herausforderungen. Gestatten sie mir, auf Einzelne zu sprechen zu kommen.

Erst vor ein paar Wochen haben wir die Digitale Agenda für das Land Sachsen-Anhalt auf den Weg gebracht. Das Wirtschaftsministerium hat insoweit den Auftrag zur Koordinierung der vielfältigen Aktivitäten der Ressorts. Die Digitale Agenda ist ehrgeizig, sie ist innovativ – sie ist für uns der zentrale Leitfaden, um unser Land modern und zukunftsfest aufzustellen.

An vorderster Stelle steht für uns hierbei der Ausbau der Infrastruktur. Spätestens bis zum Jahr 2030 soll es landesweit möglich sein, Daten in Gigabit-Geschwindigkeit über Glasfasernetze auszutauschen.

Auch wenn der Zeitraum lang erscheint: Das ist ein ambitioniertes Ziel in einem Land mit zum Teil sehr dünner Besiedlung! Es ist aber von uns auch mit Augenmaß gewählt worden. Augenmaß, das übrigens auch die Bundesregierung bei der Formulierung bundesweiter Ziele anlegen sollte. Denn solch große Infrastruktur-Projekte müssen sorgsam geplant werden und kosten nicht nur Zeit, sondern auch viel Geld. Wir arbeiten jetzt entschlossen und schrittweise auf unser großes Ziel hin. Wohl wissend, dass wir dafür finanzielle Hilfe von Bund und EU benötigen!

Als Zwischenziel wollen wir aber spätestens bis zum Ende dieser Legislaturperiode dafür sorgen, dass alle Haushalte und Unternehmen mit einem Breitbandanschluss von mindestens 50 Megabit pro Sekunde ausgestattet sind; Unternehmen in Gewerbegebieten erhalten noch schnellere Anschlüsse (100 Megabit pro Sekunde).

Für den Breitbandausbau werden wir allein bis Ende 2020 rund 300 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln investieren. Alle Landkreise und vereinzelt auch Gemeinden befinden sich inzwischen in den Breitbandförderverfahren oder haben Anträge auf Förderung gestellt.

Betonen möchte ich an dieser Stelle auch noch mal: Ich werde mich weiter entschieden dafür einsetzen, dass Förderungen vereinfacht und Verfahren erleichtert werden.

In diesem Zusammenhang sei auch nichts beschönigt: Der aktuelle Versorgungsgrad mit schnellem Internet von knapp 51 Prozent ist nicht zufriedenstellend, wir wollten hier bis zum Ende dieses Jahres eigentlich viel weiter sein. Der Koalitionsvertrag vom April 2016 sieht die Beseitigung aller „weißen Flecken“ vor – das war eine unrealistische Annahme vor dem Hintergrund der Breitband-Strategie der Landesregierung vom November 2015. Ich erwarte aber eine deutliche Steigerung in diesem Jahr, wenn die Förderprojekte und der Eigenausbau „aktiv“ umgesetzt werden.

Die Digitale Agenda ist allerdings auch mehr als ein Programm für die Infrastruktur. Wir müssen unsere Unternehmen im digitalen Wandel mit einem Fächer von Fördermaßnahmen unterstützen und wir haben uns auch für viele andere Bereiche ehrgeizige Ziele gesetzt, die ich ihnen gerne als „Digitalisierungsminister“ in meiner nächsten Regierungserklärung noch einmal im Einzelnen erläutern werde.

Heute aber möchte ich noch auf andere Vorhaben zu sprechen kommen, *meine Damen und Herren!*

In den kommenden Jahren wollen wir das Unternehmertum bei uns im Land gezielt stärken und dem Gründergeschehen einen weiteren Schub geben.

Bei der Stärkung der Unternehmenskultur in unserem Land geht es nicht nur um finanzielle Förderung. Sondern – was vielleicht noch wichtiger ist – um ideelle Aspekte! Um Achtung, aber auch Akzeptanz wirtschaftlich erfolgreich funktionierender Unternehmen.

Was es heißt, Unternehmer zu sein, muss bereits in der Schule vermittelt werden. Dazu fördert das Land Sachsen-Anhalt zahlreiche Projekte, die vom spielerischen Einstieg ins Unternehmertum bis zur Arbeit in einer Schülerfirma und zu Kooperationen mit Unternehmen reichen.

Diese Projektarbeit gilt es zu verstetigen. Die bessere Vermittlung von Unternehmertum und IKT-Kenntnissen bereits in der Schule ist ein Garant für spätere erfolgreiche Existenzgründungen.

Meine Damen und Herren,

ein weiteres Vorhaben, an dem wir mit Blick auf die Verbesserung des Gründerklimas arbeiten, stellt die für dieses Jahr geplante Novellierung des Hochschulgesetzes dar.

Bevor ich dazu ausführe, sei ein kurzer Hinweis zur Rolle der Hochschulen im Lande gestattet. Diese Landesregierung ist sich der Bedeutung der Hochschulen für unser Land bewusst. Dies gilt für die Ausbildung von Fachkräften für Wirtschaft, Verwaltung, Schulen, für die Spitzen- wie Breitenforschung u.a.m.; wir wissen, welche kulturelle Bereicherung von rund 54.000 Studenten, rund 1.000 Professoren und mehreren tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Wissenschaftseinrichtungen im Lande ausgeht. Deshalb haben wir bereits im Koalitionsvertrag einen Paradigmenwechsel eingeleitet und den Hochschulen eine erhöhte Grundfinanzierung zugesagt. Und wir haben Wort gehalten!

Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen um 15 Millionen Euro erhöht, damit verbleiben so gen. „BaföG-Mittel“ in Höhe von 30 Millionen Euro vollständig bei den Hochschulen. Keineswegs eine Selbstverständlichkeit in der Bundesrepublik. Darüber hinaus haben wir die Investitionszuschüsse für die Universitätsklinik Halle und Magdeburg für die Jahre 2017 und 2018 um jeweils 3,4 Millionen Euro auf 4,2 Mio. Euro erhöht.

Hier gewinnt Politik verlorenes Vertrauen zurück - die Landesregierung schafft verlässliche Rahmenbedingungen. Und die Hochschulen werden dies im Sinne des Landes zu nutzen wissen.

Dies sind Investitionen in Köpfe, weil wir die Rahmenbedingungen für die Arbeit an den Hochschulen deutlich verbessern.

Dies gilt auch für ein weiteres Projekt unserer anstehenden Hochschulgesetz-Novelle: Hochschulen sind Keimzellen von Innovationen und damit gleichsam ein „Innovationstreiber“ unserer Wirtschaft. Deshalb soll den Hochschulen ermöglicht werden, eigene Unternehmen zu gründen oder sich an bestehenden Unternehmen zu beteiligen.

Mit dem neuen Hochschulgesetz wollen wir hier völlig neue Möglichkeiten und Perspektiven schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das verstehe ich unter einer innovativen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, das ist für mich ein innovativer Weg, wie man Unternehmertum und Gründerkultur in unserem Land effizient fördern kann.

Und das ist übrigens auch kein Hexenwerk: Länder wie Israel, die baltischen Staaten oder die USA verfolgen diese Strategie bereits seit Jahren. Mit Erfolg!

Meine Damen und Herren,

um unser Land wirtschaftlich weiter nach vorne zu bringen, werden wir darüber hinaus die Vernetzung mit den vorhandenen Forschungseinrichtungen bis zum Jahr 2020 verstärkt vorantreiben.

Denn wir wissen: Gerade die kleineren Unternehmen bei uns im Land haben oft Schwierigkeiten, Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu stemmen. Sie brauchen deshalb Partner aus der Wissenschaft, mit denen sie zusammenarbeiten können.

Wir werden deshalb knapp 150 Millionen Euro in den Auf- und Ausbau von Forschungsinfrastruktur investieren.

Zu den geplanten Investitionen zählt beispielsweise der Aufbau des Forschungs- und Entwicklungszentrums „Center for Method Development“ (CMD) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Hier investieren wir 31 Millionen Euro in ein beispielhaftes Projekt, das Wirtschaft mit Wissenschaft ganz konkret vernetzt.

Weitere 111 Millionen Euro werden wir außerdem für konkrete Forschungsprojekte zur Verfügung stellen. Die erweiterten und verbesserten Richtlinien zur FuE-Projektförderung haben wir ganz aktuell am 29. Dezember 2017 veröffentlicht. Und auch diese Richtlinie ist gekennzeichnet durch eine straffere Form und vereinfachte Verfahren.

Im Rahmen der Richtlinie haben wir aber noch weitere Verbesserungen umgesetzt: Den Zuschussbetrag pro Vorhaben haben wir auf 500.000 Euro angehoben, bezuschussen außerdem Abschreibungen kommerziell nutzbarer Pilotprojekte und Prototypen mit bis zu drei Millionen Euro. Und darüber hinaus haben wir den Bürokratieaufwand reduziert, in dem wir eine Sachausgabenpauschale eingeführt haben, die ebenfalls indirekte Projektausgaben enthält. Sie sehen, wir nehmen im Wirtschaftsministerium das Thema „Bürokratieabbau“ sehr ernst!

Meine Damen und Herren,

Internationalität ist ein Markenzeichen unserer Hochschulen; sie ist eine Herausforderung für unsere Wirtschaft und auch ein Anspruch unserer Wirtschaftspolitik.

Dass wir hier noch einen längeren Weg vor uns haben, lässt sich an der Exportquote unserer Industrie belegen, die im vergangenen Jahr bei 31,1 Prozent lag. Da haben wir gewiss Luft nach oben, zumal die Quote im Bundesschnitt zuletzt bei 50 Prozent lag.

Was können und wollen wir also als Landesregierung tun?

Wir werden gezielt bestimmte Märkte in den Fokus nehmen, die einen engen Bezug zu den Leitmärkten unserer „Regionalen Innovations-Strategie (RIS)“ haben, etwa bei geplanten Delegationsreisen. So werden wir 2018 den Schwerpunkt auf die Themen „Bio Tec“ und Ernährungswirtschaft legen. Delegationsreisen mit thematischen Schwerpunkten nach China, Russland, die USA und in ausgewählte europäische Länder finden noch im laufenden Jahr statt.

Wir wissen: Außenwirtschaft basiert zudem in hohem Maße auch auf Vertrauen zwischen den Partnern und wir werden einen langen Atem benötigen, um das Vertrauen, das wir uns bereits in der Welt erarbeitet haben, zu vertiefen, und neues Vertrauen in neuen Märkten schrittweise aufzubauen.

Zur Außenwirtschaft gehört aber auch, ausländische Investoren für unser Land zu gewinnen und mit Investoren, die sich bereits für Standorte in Sachsen-Anhalt entschieden haben, im engen Kontakt zu bleiben. Und das ist uns zuletzt außerordentlich gut gelungen.

Zwischen 2015 und 2017 ist das Investitionsvolumen ausländischer Investoren, zu denen etwa CIECH Soda Deutschland zählt, von 117 Millionen Euro auf 465 Millionen Euro gestiegen, der Zuschuss von GRW-Förderung stieg im selben Zeitraum von 11 auf 53 Millionen Euro. Allein 2017 haben ausländische Unternehmen dadurch fast 1000 Arbeitsplätze geschaffen.

Diese Bilanz zeigt: Sachsen-Anhalt wird auch für ausländische Investoren immer attraktiver und weltoffen! Und das ist auch gut so!

Um unsere Unternehmen außenwirtschaftlich voranzubringen, werden wir darüber hinaus die Messförderung modernisieren und vor allem ebenfalls entbürokratisieren. Gemeinsam mit anderen Akteuren der Außenwirtschaft wird das Messförderprogramm derzeit überarbeitet, auch Vorschläge aus dem Kreis von Unternehmen werden hier mit einbezogen. So wollen wir beispielsweise Pauschalen in der Messförderung einführen und damit den Verwaltungsaufwand für die an Messe-Teilnahmen interessierten Unternehmen deutlich senken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,!

nicht zuletzt möchte ich heute noch auf die wohl größte strukturelevante Herausforderung zu sprechen kommen, die vor allem den Süden unseres Landes in den kommenden Jahren betreffen wird: Dem absehbaren Ende der energetischen Nutzung der Braunkohle.

Kommunikation ist in diesem Zusammenhang das „A“ und „O“ für Entscheidungen, besonders wenn sie in der langen Frist wirken und weitreichend für die heimische Wirtschaftslandschaft sind. So haben die regierungstragenden Parteien im Koalitionsvertrag vereinbart, die energetische Nutzung der Braunkohle mit der Auskohlung des Tagebaus Profen im Jahr 2035 in Sachsen-Anhalt auslaufen zu lassen.

Gleichzeitig haben sie sich ausdrücklich dazu bekannt, das jetzige Braunkohlerevier als Industriestandort zu erhalten. Deshalb wird die Koalition für den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel gemeinsam mit allen Beteiligten ein sozialverträgliches Zukunftsszenario erarbeiten und diesen im Rahmen der Wirtschaftsförderung besonders unterstützen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich kurz die missverständliche Formulierung „Strukturwandel“ richtig stellen: Dieser Begriff suggeriert, dass die Braunkohle in wenigen Jahren überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Das ist nicht der Fall, denn wir setzen auch auf eine stoffliche Nutzung der Braunkohle, zum Beispiel in der chemischen Industrie. Meines Erachtens wäre deshalb der Begriff „Strukturentwicklung“ treffender und nicht so negativ belegt.

Vergegenwärtigen wir uns bitte: Die MIBRAG hat 2.700 Beschäftigte und derzeit 205 Azubis. Bei ROMONTA in Amsdorf sind gegenwärtig inklusive Azubis 390 Menschen in „Lohn und Brot“. Mit den indirekt Beschäftigten bei Zulieferern und Dienstleistern sowie den Menschen, die in den strom- und dampfabnehmenden Betrieben arbeiten, kommen schnell bis zu 8000 Arbeitsplätze zusammen, die von dieser Energieerzeugung abhängen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Energiewende darf nicht auf „erneuerbare Energien kontra Kohleverstromung“ verkürzt werden!

Sie können versichert sein, dass auch ich den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstütze, nicht zuletzt, weil erneuerbare Energien in den letzten Jahren zahlreiche zukunftsfähige Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt sichern.

4. Fazit und Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

Leitlinie unserer Wirtschaftspolitik muss sein, die Unternehmen darin zu unterstützen, am Markt zu bestehen, attraktive Arbeitsplätze und hohe Wertschöpfung zu schaffen.

Dies erfordert ein zielstrebiges Arbeiten an den verschiedenen Stellschrauben, die ich eben im Laufe meiner Erklärung zu skizzieren versucht habe.

Meine Damen und Herren,

Nehmen wir uns einen kleinen Augenblick Zeit und lassen wir die folgenden Fragen kurz auf uns wirken: Wofür steht Sachsen-Anhalt? Was sind unsere Pfunde hier in der Region?

Das Reformationsjubiläum hat uns gezeigt, dass wir die Blicke der Welt auf uns ziehen können. Positiv, weltoffen, freundlich! In den vergangenen Wochen und Monaten konnten wir in der Lutherstadt Wittenberg eine ganz besondere Atmosphäre des Aufbruchs genießen. Und das hat uns alle ein bisschen stolz gemacht.

Überhaupt: Das Reformationsjubiläum hat sich fraglos auf die besonders erfolgreiche Tourismusentwicklung im Lande ausgewirkt. Die Zahl der Übernachtungen dürfte 2017 erstmals über acht Millionen liegen. Bei Ankünften und Übernachtungen insbesondere ausländischer Touristen werden beeindruckende Zuwächse erzielt; auf ohnehin schon hohem Niveau im Reiseland Sachsen-Anhalt.

Aber zurück an die Wiege der Reformation: Wittenberg ist eigentlich nur EIN Beispiel, das zeigt: Wir haben sie – die echten Pfunde. Wir müssen ihre Geschichten nur viel besser erzählen. Ob Martin Luther oder die Bauhausbewegung – Sachsen-Anhalt ist ein idealer Ort, um neuen Ideen Raum zu geben.

Was wir dafür heute brauchen: Mehr Selbstbewusstsein, mehr Überzeugung und mehr Stolz auf das, was erreicht wurde, was wir können und hier im Lande haben. Das setzt natürlich das Wissen über die vielen positiven Seiten des Landes voraus. Dies zu vermitteln ist auch unsere Aufgabe.

Wir müssen den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt noch bekannter machen. Dazu soll auch die heutige Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik dienen.

Mit dem Wissen und der Überzeugung, dass Sachsen-Anhalt Querdenkern, Innovationstreibern und Ideengebern beste Voraussetzungen bietet, können wir gemeinsam unser Ziel erreichen: Dass die Wirtschaft des Landes aus sich heraus weiter wächst, neue Unternehmen anzieht, die gute, gut bezahlte Arbeitsplätze im Einklang der Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbieten. Darum vernetzen wir Wirtschaft und Wissenschaft.

Kurzum: In Sachsen-Anhalt bedarf es weniger Larmoyanz, sondern attraktiver Perspektiven für die Menschen. Daran arbeiten wir als Landesregierung - jeden Tag!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!